

POL161 zp - TB 49
POL135 d - TB 71

»In vertraulichen Gesprächen ausgeredet«

ZEITGESCHICHTE Neu freigegebene Akten des Auswärtigen Amts zeigen: Die Regierung Helmut Kohl wollte 1991 eine Nato-Osterweiterung und die Unabhängigkeit der Ukraine verhindern – aus Rücksicht auf Moskau.

Meist merken nur Experten auf, wenn wieder einmal Bände der »Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik« vom Institut für Zeitgeschichte erscheinen. Es sind dicke Bücher mit Dokumenten aus dem Archiv des Auswärtigen Amts. Lesevergnügen versprechen sie nur selten.

Dieses Mal dürfte das Interesse allerdings groß ausfallen. Denn die neue Ausgabe mit Papieren von 1991 enthält Vermerke, Protokolle, Briefe mit bisher unbekanntem Details zur Nato-Osterweiterung, zum Zusammenbruch der Sowjetunion, zur Unabhängigkeit der Ukraine. Und schon jetzt ist absehbar, dass die Unterlagen das Potenzial haben, den aktuellen Streit um die deutsche

Ostpolitik der Vergangenheit und Gegenwart zu befeuern.

Kritiker werden zahlreiche Belege dafür finden, dass die Deutschen schon lange über Gebühr Rücksicht auf Moskaus Interessen genommen haben. Doch auch Verteidiger des heute erstaunlich wirkenden Schmusekurses mit dem Kreml können in den Bänden fündig werden.*

Im Zentrum der damaligen Ostpolitik stehen zwei Lichtgestalten der deutschen Nachkriegsgeschichte: Helmut Kohl, langjähriger Kanzler und CDU-Vorsitzender, und der liberale Außenminister und Vizekanzler

Verhandlungspartner Kohl, Gorbatschow in Kiew 1991, deutscher Gesprächsvermerk (Ausriss): Historischer Schmusekurs

D 2 und US wiesen auf das bereits im 2+4-Prozess zum Ausdruck gekommene Verständnis hin, daß der Rückzug der sowjetischen Truppen vom Westen nicht zum eigenen Vorteil genutzt werden darf. Diese Haltung müsse fortgelten. Der SU dürfe kein Vorwand geboten werden, die westlichen Absichten in Frage zu stellen. Der zentrale Stellenwert des sowjetischen Truppenrückzugs wurde unterstrichen.

~~Geheim~~ GEHEIM
- amtlich geheimgehalten -

Hans-Dietrich Genscher. Zwei groß gewachsene, machtbewusste Männer. Beide Anfang sechzig, beide aus kleinen Verhältnissen kommend, beide nach der deutschen Einheit auf dem Höhepunkt ihres Ansehens.

1991 gab es noch die Sowjetunion (SU) mit ihren vielen Nationalitäten, die gegen die Moskauer Zentrale aufbegehrten. Doch Kohl hielt einen Untergang des Sowjetimperiums für eine »Katastrophe«. Wer das anstrebe, sei ein »Esel«. Immer wieder machte er daher Stimmung im Westen gegen eine Unabhängigkeit der Ukraine und der baltischen Staaten.

Estland, Lettland und Litauen waren 1940 vom sowjetischen Diktator Josef Stalin annektiert worden. Die Bundesrepublik hatte die Annexion nie anerkannt. Doch als jetzt die Balten ihre Unabhängigkeit erklärten und aus der Sowjetunion drängten, fand Kohl, sie seien auf dem »falschen Weg«, wie er dem französischen Präsidenten François Mitterrand Anfang 1991 in Paris anvertraute. Er selbst hatte mit Nachdruck die Einheit vollendet. Letten, Esten, Litauer sollten sich hingegen mit ihrer Freiheit gedulden – etwa zehn Jahre lang, so scheint es sich der Kanzler damals gedacht zu haben. Und auch dann

* Institut für Zeitgeschichte (Hg.): »Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1991«. De Gruyter Oldenbourg; 2 Bände; 1906 Seiten; 154,95 Euro.



Frank Darchinger

hielt Kohl für die Balten wohl nur Neutralität («finnischer Status») für möglich, nicht etwa eine Mitgliedschaft in Nato und Europäischen Gemeinschaften (EG).

Auch die Ukraine sollte in der Sowjetunion verbleiben, zumindest vorerst, um deren Bestand nicht zu gefährden. Als sich das Ende der Sowjetunion abzeichnete, fanden die Deutschen dann, Kiew solle bei einer Konföderation mit Russland und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken mitmachen. Im November 1991 bot Kohl dem russischen Präsidenten Boris Jelzin an, in diesem Sinne »auf die ukrainische Führung Einfluss zu nehmen«, so steht es in dem Vermerk eines Gesprächs, das Kohl mit Jelzin bei dessen Besuch in Bonn führte. Deutsche Diplomaten witterten in Kiew »Tendenzen zu autoritär-nationalistischem Überschwang«.

Als zwei Wochen später über 90 Prozent der teilnehmenden Ukrainerinnen und Ukrainer in einem Referendum für ihre Unabhängigkeit votierten, korrigierten Kohl und Genscher allerdings den Kurs. Die Bundesrepublik war das erste Mitglied der EG, das den neuen Staat anerkannte.

In Kiew wird man diese Passagen vermutlich trotzdem mit Befremden lesen, vor allem vor dem Hintergrund des heutigen Angriffskriegs.

Und auch die deutsche Ostmitteleuropapolitik wirft Fragen auf. Im Lauf des Jahres 1991 zerfiel der Warschauer Pakt, und Genscher versuchte trickreich, Polen, Ungarn und Rumänien den Weg in die Nato zu verstellen – aus Rücksicht auf die Sowjetunion.

Der Drang der Ostmitteleuropäer in die Verteidigungsallianz lasse in Moskau ein brisantes Gemisch aus »Bedrohungsperzeption, Isolationsangst und Frustration über die Undankbarkeit der ehemaligen Bruderländer« entstehen, berichtete Bonns Botschafter schon im Februar 1991.

Diese Situation wollte Genscher nicht weiter befeuern. Eine Nato-Mitgliedschaft der Ostmitteleuropäer sei »nicht in unserem Interesse«, erklärte er. Diese Länder hätten zwar das Recht, dem Verteidigungsbündnis anzugehören, es gehe »jetzt aber darum, dieses Recht nicht auszuüben«.

War das kluge Friedenspolitik zum Wohle Europas? Oder ein Vorläufer jener Verständigung mit Moskau »zulasten der anderen Staaten des östlichen Europas«, von der kürzlich Michael Roth sprach? Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag ist Sozialdemokrat und plädiert für eine Enquetekommission, um die Versäumnisse in der Ostpolitik aufzuarbeiten, auch die seiner eigenen Partei. Er glaubt, Berlin habe den Nachbarstaaten »faktisch ihre Souveränität abgesprochen«. Roth bezieht sich dabei auf die letzten Jahre.

Muss die Analyse schon früher einsetzen, in der Ära von Kohl und Genscher?

Kurioserweise wird die deutsche Ostpolitik auf dem Weg zur deutschen Einheit und danach heute von allen Seiten kritisiert, auch



1991: Jahr des Untergangs

- **13. Januar** Blutsontag von Vilnius. Moskautreue Kräfte gehen gegen die litauische Unabhängigkeitsbewegung vor.
- **12. Juni** Wahl Jelzins zum Präsidenten der Russischen Teilrepublik. Überall in der Sowjetunion gibt es Abspaltungsbewegungen. Gorbatschow setzt auf Reformen.
- **1. Juli** Auflösung des Warschauer Pakts. Polen und andere Staaten Ostmitteleuropas streben in die Nato.
- **19.–22. August** Staatsstreich gegen Gorbatschow scheitert, gibt aber den Unabhängigkeitsbewegungen Auftrieb.
- **1. Dezember** Mehr als 90 Prozent der Ukrainer stimmen für die Unabhängigkeit.
- **8. Dezember** Jelzin und die Machthaber der Teilrepubliken Ukraine und Belarus beschließen die Auflösung der UdSSR.
- **25./26. Dezember** Rücktritt Gorbatschows. Die Sowjetunion wird aufgelöst.

von Russland, das dem Westen vorwirft, mit der Nato-Osterweiterung sein Wort gebrochen zu haben.

Manche der nun freigegebenen Dokumente könnten Putin und seine Gefolgsleute sogar zu scharfen Waffen in ihrem Propagandakrieg umdeuten. Denn mehrfach kommen Genscher und seine Spitzendiplomaten in Gesprächen auf eine Zusage bei den Verhandlungen zur deutschen Einheit zurück, die Nato nicht nach Osteuropa auszudehnen.

Die Existenz einer solchen Zusage behaupten russische Politiker seit Jahrzehnten. Autokrat Wladimir Putin hat dieses Argument sogar missbraucht, um damit den Angriffskrieg auf die Ukraine zu begründen. Dabei stimmte Moskau 1997 der Nato-Osterweiterung im Rahmen der Nato-Russland-Akte zu, wenn auch murrend.

Die nun öffentlich zugänglichen Dokumente stützen mehrfach die russische Version:

– Am 1. März 1991 lehnte Genscher gegenüber den Amerikanern eine Nato-Osterweiterung mit dem Hinweis ab, es sei den Sowjets »bei den 2 + 4-Verhandlungen bedeutet wor-

den, dass keine Absicht besteht, die Nato nach Osten auszuweiten«.

– Sechs Tage später verwies der Politische Direktor des Auswärtigen Amts Jürgen Chrobog in einer Runde mit Briten, Franzosen und Amerikanern auf das »im 2 + 4-Prozess zum Ausdruck gekommene Verständnis, dass der Rückzug der sowjetischen Truppen vom Westen nicht zum eigenen Vorteil genutzt werden darf«.

– Am 18. April erzählte Genscher seinem griechischen Amtskollegen, er habe den Sowjets erklärt, »Deutschland will auch nach der Vereinigung in der Nato bleiben. Dafür wird diese nicht nach Osten ausgedehnt...«.

– Am 11. Oktober traf sich Genscher mit seinen Amtskollegen Roland Dumas (Frankreich) und Francisco Fernández Ordóñez (Spanien). Die Aussage Genschers zur Zukunft der Staaten in Mittel- und Osteuropa (MOE) gibt das Protokoll mit den Worten wieder:

»Wir können Nato-Mitgliedschaft von MOE-Staaten nicht akzeptieren (Hinweis auf sowjetische Reaktion und Zusage in 2 + 4-Verhandlungen, dass Nato-Gebiet nicht nach Osten ausgedehnt werden soll). Jeder Schritt, der dazu beiträgt, Situation in MOE und SU zu stabilisieren, ist wichtig.«

Genscher wollte daher die Beitrittswünsche der MOE-Staaten »umleiten« und suchte nach Alternativen, die für die Sowjetunion »akzeptabel« waren. So entstand etwa der unverbindliche Nordatlantische Kooperationsrat, in dem alle Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts mitreden durften.

O-Ton Genscher: »Zunächst haben die früheren Warschauer-Pakt-Länder die Absicht verfolgt, Mitglieder in der Nato zu werden. Dies hat man ihnen in vertraulichen Gesprächen ausgedrückt.«

Zeitweise befürworteten die Deutschen sogar eine offizielle Erklärung der Nato, auf eine Ausdehnung nach Osten zu verzichten. Erst als die Amerikaner bei einem Besuch Genschers in Washington im Mai 1991 widersprachen, eine Erweiterung könne »für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden«, erklärte der deutsche Außenminister schnell, auch er fordere »keine endgültige Erklärung«. Aber de facto wollte er offenbar eine Nato-Osterweiterung vermeiden.

In Bonn, dem damaligen deutschen Regierungssitz, herrschte selbstbewusste Aufbruchstimmung. Der Kalte Krieg war zu Ende, Deutschland geeint, und Kohl und Genscher trieben den Ausbau der EG zur EU voran.

Auch im Verhältnis zur Sowjetunion witterte der Kanzler eine historische Chance: »Vielleicht gelingt es jetzt, die Dinge in Ordnung zu bringen, die in diesem Jahrhundert in Unordnung geraten sind.« Nach dem Zweiten Weltkrieg mit den Millionen Toten und der daraus folgenden deutschen Teilung hoffte Kohl auf ein neues Kapitel in den Beziehungen.

In Moskau regierte Michail Gorbatschow, idealistischer Reformkommunist und Liebling



Peter Hirth

der Deutschen, weil er den Untergang der DDR hingenommen hatte. »Wenn die Deutschen bereit sind, der Sowjetunion zu helfen, so tun sie dies vor allem aus Dankbarkeit für die Rolle Gorbatschows bei der deutschen Einheit«, beschrieb Kohl die Lage. Dass Gorbatschow gegen eine Mitgliedschaft der Ostmitteleuropäer in der Nato vehement protestierte, spielte für sein Ansehen in Deutschland keine Rolle.

Später wird der Kanzler öffentlich von sich sagen, er sei Gorbatschows »bester Anwalt« gewesen. Die Männer duzten sich, richteten Grüße an die Ehefrauen aus, flachsten am Telefon. Der deutsche Christdemokrat, ein geschickter Plauderer, beendete ein Gespräch schon mal mit der Sponti-Parole »Der Kampf geht weiter«. Antwort Gorbatschows: »Der Kampf ist ewig, und von der Ruhe können wir nur träumen!«

Kohl warb in aller Welt für »Mitscha« und dessen Politik. Er sorgte mit dafür, dass der Kremlchef zum G7-Treffen geladen wurde, und schob die mit Abstand größten Finanzhilfen nach Moskau.

Den misstrauischen Pfälzer trieb die Sorge um, Gegner im sowjetischen Militär, in den Geheimdiensten, im Staatsapparat könnten Gorbatschow stürzen. Und tatsächlich scheiterte im August 1991 ein Staatsstreich nur knapp. Eine Gruppe um Vizepräsident Gennadi Janajew setzte Gorbatschow fest. Doch Massendemonstrationen, Befehlsverweigerung bei den Streitkräften und der Widerstand Jelzins, damals Präsident der russischen Teilrepublik, ließen den Putsch zusammenbrechen. Gorbatschow blieb im Amt. Kaum auszudenken,

Sowjetische Soldaten in Leipzig 1991: Der Truppenabzug war zentrales Anliegen der deutschen Politik

die Kommandogewalt wäre einem ewig gestrigen Diktator zugefallen.

Denn zu dem Zeitpunkt standen noch Hunderttausende sowjetische Soldaten in den neuen Bundesländern. Weitere Einheiten warteten in Polen oder der damaligen Tschechoslowakei auf den Abzug. Dem Truppenrückzug komme ein »zentraler Stellenwert« für die deutsche Politik zu, heißt es in den Akten des auswärtigen Amts.

Und dann waren da die rund 30.000 sowjetischen Atomsprengeköpfe. Sehr gefährlich. Die »nukleare Sicherheit auf dem Territorium der Sowjetunion hat für die restliche Welt absoluten Vorrang«, urteilte das Bonner Außenministerium.

Aus diesem Blickwinkel verbot sich jede Schwächung Gorbatschows – und seiner bereits wankenden Sowjetunion, die Gorbatschow gegen alle Widerstände zu erhalten suchte.

Kohl und Genscher vertraten eine Art Dominotheorie. Verließen die Balten die Sowjetunion, würden die Ukrainer folgen, schließlich würde das gesamte Sowjetreich samt Gorbatschow untergehen. Etwa so kam es ja auch im Laufe des Jahres 1991 (siehe Grafik). Nur zweifelte Kohl an einem friedlichen Ausgang einer solchen Auflösung. Er hielt eine Art »Bürgerkrieg« für möglich, so wie bald in Jugoslawien.

Gorbatschows langjähriger ehemaliger Außenminister Eduard Schevardnadse warnte die Deutschen. Sollte die Sowjetunion zerfallen, könne eines Tages in Russland ein »fascistischer Führer« auftreten, der die Rückgabe der Krim von der Ukraine verlange, prophezeite er im Oktober 1991 bei einem Besuch Genschers.

»Ein Auseinanderbrechen der Sowjetunion kann nicht in unserem Interesse sein.«

Bundeskanzler Helmut Kohl 1991

Putin annektierte die Krim dann gut zwei Jahrzehnte später.

Selbst ein Wiederaufleben des giftigen Nationalismus in Osteuropa wie einst nach dem Ersten Weltkrieg schien Kanzler Kohl 1991 denkbar. Er verbreitete, wenn die Balten unabhängig würden, »geht der Krach mit Polen (wieder) los«. Polen und Litauen hatten einander 1920 bekriegt.

Und so entschied der Pfälzer: »Ein Auseinanderbrechen der Sowjetunion kann nicht in unserem Interesse sein ...«

Am Ende gewannen Balten und Ukrainer trotzdem ihre Unabhängigkeit. Und es wird sich wohl nicht abschließend klären lassen, ob Kohl ein Fehlurteil unterlaufen ist oder ob Letten und Litauer einfach nur Glück hatten, dass ihr Weg halbwegs friedlich verlief.

Viele Verbündete im Westen tendierten jedenfalls offenbar in die gleiche Richtung wie die Deutschen. Frankreichs machtbewusster Präsident Mitterrand etwa schimpfte über die Balten, »man könne nicht alles in Gefahr bringen, was man (mit Moskau – Red.) erreicht habe, nur um Ländern zu helfen, die seit 400 Jahren keine eigene Existenz hätten«. Selbst US-Präsident George Bush, ein kalter Realpolitiker, klagte über das Drängen der nach Unabhängigkeit strebenden Politiker des Baltikums.

Die deutsche Kremelfreundlichkeit ließ Kanzler Kohl einmal sogar über Verbrechen hinwegsehen. Am 13. Januar 1991 hatten sowjetische Spezialeinheiten der Moskauer Zentrale in der litauischen Hauptstadt Vilnius gegen die dortige Nationalbewegung losgeschlagen und den Fernsehturm und andere Gebäude gestürmt. 14 unbewaffnete Menschen starben, Hunderte wurden verletzt.

Bonn protestierte nur lauwarm.

Wenige Tage nach der Gewalttat telefonierten Kohl und Gorbatschow. »Herzliche Begrüßung«, notierte der mitschreibende Diplomat in Bonn. Gorbatschow klagte, man könne nicht »ohne bestimmte Härtemaßnahmen vorwärtskommen«, was so klang, als meinte er Vilnius. Antwort Kohls: »In der Politik muss jeder auch Umwege einschlagen – wichtig ist nur, dass man das Ziel nicht aus den Augen verliert.« Er wisse die Haltung des Bundeskanzlers »sehr zu schätzen«, schloss Gorbatschow. Das Wort Litauen fiel laut Protokoll nicht ein einziges Mal.

Bis heute ist Gorbatschows Rolle bei dem Verbrechen ungeklärt.

Klaus Wiegrefe